

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf deutsche Betriebe

Januar 2023

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat die ökonomischen Rahmenbedingungen der Betriebe auch in Deutschland verändert. Droht dadurch ein Rückgang des betrieblichen Ausbildungsengagements? Was ist mit der Bereitschaft von Betrieben Ausgebildete zu übernehmen? Diese und weitere Fragen waren Gegenstand einer zwischen Mai und Juli 2022 mit dem RBS durchgeführten Betriebsbefragung. Die Antworten der 482 teilnehmenden Betriebe zeigen, dass sich der Ukraine-Krieg bereits in den ersten drei Monaten bei vielen Betrieben auf das wirtschaftliche Handeln auswirkte. Aber nur wenige Betriebe haben infolgedessen auch ihr Ausbildungs- und Übernahmeengagement verändert.

Beschaffung und Einkauf sind von den Kriegsauswirkungen besonders betroffen

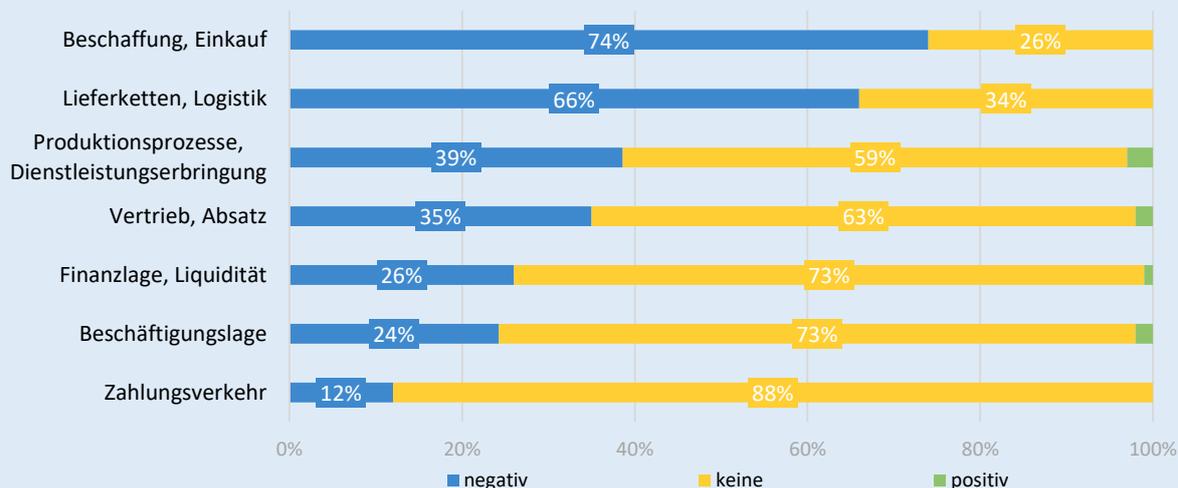
Die Rahmenbedingungen betrieblichen Handelns unterliegen zwar grundsätzlich gewissen Veränderungen. In den letzten Jahren haben diese Änderungen aber an Dynamik hinzugewonnen, zunächst im Zuge der Covid-19-Pandemie und seit Anfang 2022 nochmal in neuem Maße infolge des Ukraine-Krieges. Dass davon weite Kreise der Betriebe in Deutschland betroffen sind, zeigt sich auch daran, dass nur 18 Prozent der befragten RBS-Betriebe angaben, bis zur Jahresmitte 2022 noch in keinem von sieben thematisierten Bereichen des wirtschaftlichen Handelns Auswirkungen des Ukraine-Krieges verspürt zu haben. Alle anderen Betriebe verzeichneten zum Befragungszeitpunkt mindestens in einem der Bereiche erste Auswirkungen, und zwar zumeist in negativer Weise. Am häufigsten war das im Bereich Einkauf und Beschaffung der Fall (vgl. Abb. 1).

Drei von vier Betrieben (74 %) hatten in diesem Bereich zum Befragungszeitpunkt mit Beeinträchtigungen zu kämpfen.

Zwei von drei Betrieben berichteten von Schwierigkeiten bei Lieferketten und in der Logistik. In keinem der beiden Bereiche ist es für die Betriebe im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu positiven Entwicklungen gekommen. Mit Blick auf die Produktionsprozesse bzw. Dienstleistungserbringung sowie den Vertrieb und Absatz von Gütern ist dies zwar der Fall – jedoch nur bei einem sehr geringen Anteil der Betriebe. Weit häufiger vermelden die Betriebe auch in diesen Bereichen Störungen. Mehrheitlich und damit anders als bei den beiden zuerst betrachteten Bereichen waren die befragten Betriebe jedoch bis zum Befragungszeitpunkt (noch) nicht von Veränderungen bei den Produktions- oder Dienstleistungshandlungen sowie bei Absatz und Vertrieb ihrer Ergebnisse betroffen.

Vergleichsweise selten kam es bislang zu negativen finanziellen Auswirkungen. Dennoch konstatierte jeder vierte Betrieb bereits zur Jahresmitte, dass sich der Ukraine-Krieg negativ auf seine finanzielle Lage und Verfügungskraft ausgewirkt hatte (26 %), und

Abbildung 1: In welchen Bereichen und in welcher Weise Betriebe aktuell Auswirkungen des Ukraine-Krieges verzeichnen



Quelle: RBS 47; N = 454 ≤ n ≤ 464 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse, ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet, Anteilswerte unter 5 Prozent sind numerisch nicht ausgewiesen

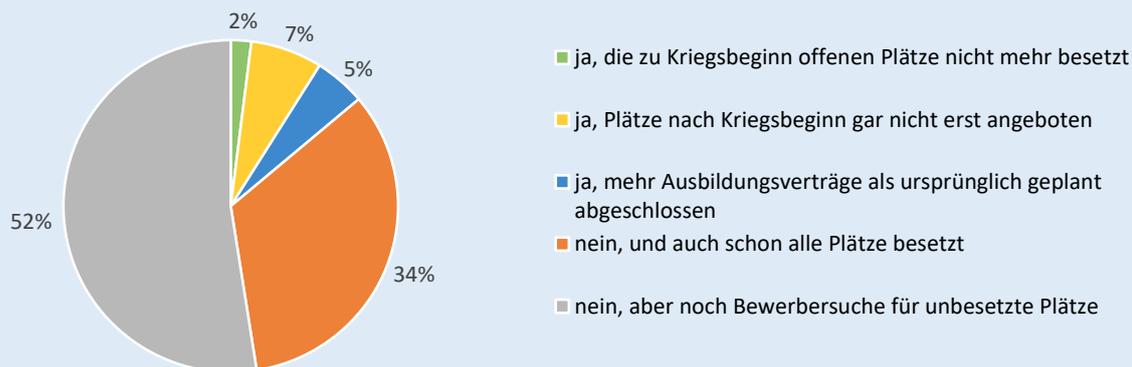
jeder achte Betrieb registrierte Störungen im Zahlungsverkehr (12%). Über positive Veränderungen im finanziellen Bereich berichteten Betriebe nur vereinzelt. Zu einem positiven Effekt des Ukraine-Krieges auf die Beschäftigungslage kam es ebenfalls nur bei sehr wenigen Betrieben. Bei den meisten Betrieben ist die Beschäftigungslage (bislang) vom Kriegsgeschehen unbeeinflusst geblieben. In jedem vierten Betrieb (24 %) hatte sich der Ukraine-Krieg jedoch bis zur Jahresmitte negativ darauf ausgewirkt.

Als Reaktion auf die Auswirkungen des Ukraine-Krieges hatten viele Betriebe bereits zur Jahresmitte 2022 ihre Verkaufspreise angehoben (57 %) oder planten dies konkret (22 %). Angesichts der großen Anteile an Betrieben, die über Probleme in den Bereichen Einkauf und Beschaffung und/oder Lieferketten und Logistik berichteten, wundert diese Maßnahme nicht. Anpassungen der Beschäf-

bieten. Gut jeder fünfte Ausbildungsbetrieb wollte für das Ausbildungsjahr 2022/2023 keine Ausbildungsplätze anbieten, da sie nicht in jedem Jahr Auszubildende neu einstellen. Jeder zwanzigste Ausbildungsbetrieb (5 %) gab an, aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht wieder so weit zu sein, Auszubildende neu einstellen zu können.

Die meisten Betriebe, die zu Beginn des Jahres 2022 planten, Ausbildungsplätze anzubieten, haben auch nach Ausbruch des Ukraine-Krieges an dieser Planung unverändert festgehalten (vgl. Abb. 2). Einem Teil dieser Betriebe ist es auch bereits bis Mitte 2022 gelungen, alle Ausbildungsplätze zu besetzen. Die meisten Betriebe suchten allerdings zum Befragungszeitpunkt noch für einige oder alle planmäßig angebotenen Ausbildungsplätze nach Bewerberinnen und Bewerbern.

Abbildung 2: Wurden aufgrund des Ukraine-Krieges Änderungen bei dem zu Beginn 2022 geplanten Ausbildungsangebot vorgenommen?



Quelle: RBS 47; N = 368 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse, ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

tigtenzahlen wurden bis Mitte 2022 indes nur von vergleichsweise wenigen Betrieben vorgenommen (6 %) oder geplant (13 %). Trifft das auch auf das Ausbildungsengagement der Betriebe zu?

Ausbildungsplanung für 2022 weitgehend unbeeinflusst von den Kriegsauswirkungen

Da die Auswirkungen des Ukraine-Krieges bereits kurz nach Beginn der Kriegshandlungen viele deutsche Betriebe erreicht haben, stellt sich die Frage, ob darunter das Ausbildungsengagement der Betriebe leiden wird. In die Beantwortung dieser Frage gehen nur die Angaben der Ausbildungsbetriebe aus der Stichprobe ein (vgl. Methodische Hinweise zur RBS-Befragung 47 unten).

Von diesen hatten knapp drei Viertel vor Beginn des Ukraine-Krieges geplant, für das im Herbst 2022 beginnende Ausbildungsjahr Ausbildungsplätze anzu-

Sofern Ausbildungsbetriebe das Ausbildungsplatzangebot aber doch aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges verändert haben, dann nicht ausschließlich in Form einer Verringerung. Das kam zwar auch vor, indem Betriebe nach Kriegsbeginn entweder die ursprünglich geplanten Ausbildungsplätze gar nicht erst angeboten oder die noch offenen Plätze nicht mehr besetzt haben. Einige Betriebe (5%) haben ihr Ausbildungsangebot nach Kriegsbeginn aber auch aufgestockt, indem sie für das Ausbildungsjahr 2022/2023 mehr Verträge als zuvor beabsichtigt abgeschlossen haben.

Ein tiefer gehender Blick zeigt, dass keiner der befragten größeren Betriebe eine Änderung des ursprünglich geplanten Ausbildungsplatzangebotes vorgenommen hat, wohl aber kleinere Betriebe. Dabei kam es sowohl vor, dass sie ihr Ausbildungsplatzangebot aufgrund der Kriegsfolgen verringerten

(9%), als auch erhöhten (5%). Unterschiede bestehen ebenso zwischen Betrieben verschiedener Kammerzugehörigkeit. Während erfolgte Änderungen des Ausbildungsplatzangebotes bei Betrieben, die einer Industrie- und Handelskammer angehören, vorwiegend in Form einer Verringerung erfolgten (17 % ggü. Erhöhung: 3 %), kam es bei Handwerksbetrieben im Änderungsfall überwiegend zu einer Erhöhung der Ausbildungszahlen (8 % ggü. Verringerung: 3 %).

Übernahmeangebote stabil auf hohem Niveau

Von allen Ausbildungsbetrieben in der Stichprobe beschäftigten zum Befragungszeitpunkt 47 Prozent Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr.

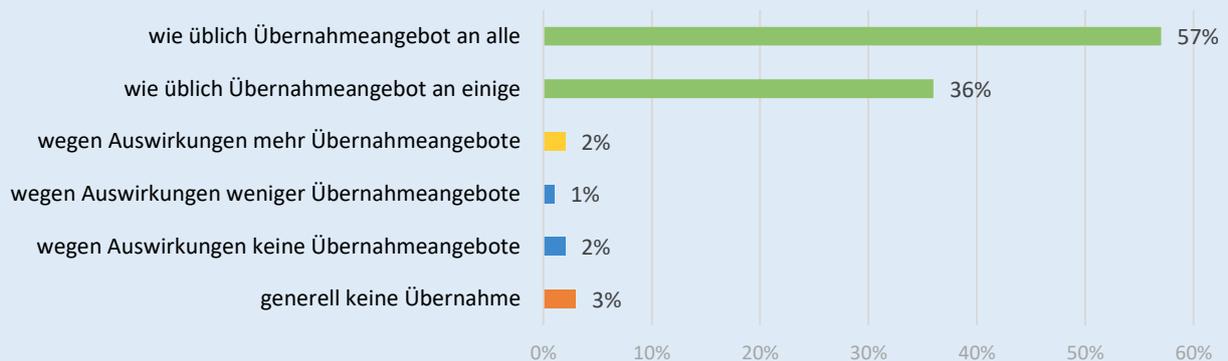
Diese Betriebe wurden danach gefragt, ob sich aufgrund des Ukraine-Krieges etwas daran geändert hätte, inwieweit sie diesen jungen Menschen ein Übernahmeangebot unterbreiten. Mehrheitlich wurde dies von den Betrieben verneint (vgl. Abb. 3). Mehr als neun von zehn Betrieben wollen wie üblich allen oder einigen ihrer Auszubildenden, die ihre Ausbildung 2022 abschließen, die Übernahme anbieten oder haben dies bereits gemacht. Nur drei Prozent der Betriebe werden aufgrund der Kriegsauswirkungen anders als üblich weniger oder keine Übernahme anbieten (können). Umgekehrt gaben zwei Prozent der Betriebe an, aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten mehr Übernahmeangebote als üblich auszusprechen. Die übrigen Betriebe (3 %) äußerten, generell nicht übernehmen zu können oder zu wollen.

weise nach oben (2 % der kleineren Betriebe), teilweise aber auch nach unten (2 % der kleineren Betriebe) nachjustiert. Aus dem Vergleich nach Kammerzugehörigkeit geht hervor, dass in die Zuständigkeit von Industrie- und Handelskammern fallende Betriebe ihr Übernahmeangebot im Änderungsfall ausschließlich verringert haben. Handwerksbetriebe haben ihr Übernahmeangebot, sofern es aufgrund der Kriegsfolgen zu Veränderungen kam, hingegen eher erhöht.

Sofern Betriebe Ausgebildete übernehmen, bieten sie ihnen überwiegend eine unbefristete Übernahme an (62 %). Jeder sechste Betrieb spricht ausschließlich befristete Übernahmeangebote aus (16 %). Gut jeder fünfte Betrieb (22 %) bietet den jungen Menschen teilweise unbefristete, teilweise aber auch nur befristete Weiterbeschäftigungen nach Ausbildungsabschluss an.

Bei größeren Ausbildungsbetrieben sind unbefristete Übernahmen am seltensten (33 % ggü. kleineren Betrieben: 64 %), wozu die vielfach bestehenden tarifvertraglichen Verpflichtungen, mehr oder weniger allen Ausgebildeten die Weiterbeschäftigung zu ermöglichen, beitragen dürften. Am häufigsten bieten Handwerksbetriebe (71 % ggü. IHK-Betrieben: 41 %) und Betriebe aus den ostdeutschen Landesteilen (73 % ggü. Westdeutschland: 60 %) den von ihnen qualifizierten Nachwuchsfachkräften eine unbefristete Übernahme an.

Abbildung 3: Übernahmeangebote der Ausbildungsbetriebe an ihre Auszubildenden, die in 2022 die Ausbildung abschließen



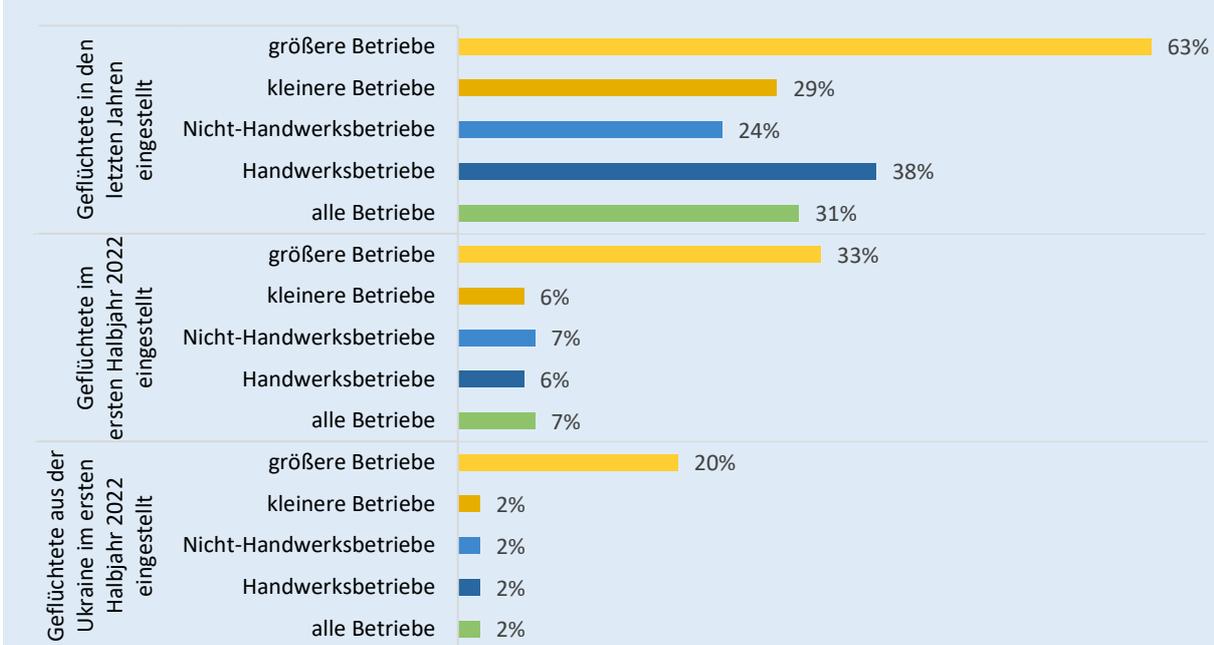
Quelle: RBS 47; N = 290 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse, ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

Auch hier zeigt die tiefergehende Betrachtung gewisse Unterschiede zwischen größeren und kleineren Betrieben. Während die Auswirkungen des Ukraine-Krieges bei größeren Betrieben bislang zu keinerlei Änderungen im Übernahmeverhalten geführt haben, haben kleinere Betriebe ihr Übernahmeangebot teil-

Erste Betriebe beschäftigen Geflüchtete aus der Ukraine

Der Ukraine-Krieg hat zu einer deutlichen Fluchtmigration auch nach Deutschland geführt. Aber auch in den Vorjahren haben viele Menschen in Deutschland Schutz gesucht. Aus diesem Personenkreis hat knapp

Abbildung 4: Einstellung Geflüchteter in den letzten Jahren und in der ersten Jahreshälfte 2022



Quelle: RBS 47; N = 475 ≤ n ≤ 482 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse, ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

ein Drittel der befragten RBS-Betriebe in den zurückliegenden Jahren Beschäftigte und/oder Auszubildende gewonnen (vgl. Abb. 4). Besonders in größeren Betrieben war das der Fall; zudem sind Handwerksbetriebe in den letzten Jahren öfter als Nicht-Handwerksbetriebe mit Geflüchteten Beschäftigungs- und/oder Ausbildungsverhältnisse eingegangen.

In der ersten Hälfte des Befragungsjahres 2022 haben insgesamt sieben Prozent der befragten Betriebe Arbeits- und/oder Ausbildungsverträge mit Geflüchteten abgeschlossen. Erneut zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen größeren und kleineren Betrieben, wohingegen sich das Bild bei Handwerks- und Nicht-Handwerksbetrieben nahezu gleich darstellt. Ähnliches trifft darauf zu, inwieweit in der ersten Jahreshälfte 2022 bereits Geflüchtete aus der Ukraine beschäftigt und/oder ausgebildet wurden. Über alle Betriebe betrachtet war das bei zwei Prozent der Betriebe der Fall. Höhere Anteile finden sich allein bei größeren Betrieben.

Fazit

Die Folgen des seit Ende Februar 2022 geführten Krieges in der Ukraine stellen Betriebe vor neue Herausforderungen. Bereits innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn des bewaffneten Konflikts waren viele Betriebe von Auswirkungen des Krieges betroffen, primär im Bereich Beschaffung und Einkauf, weniger bei der Beschäftigungslage. Letzteres zeigt sich auch darin, dass die meisten Betriebe weder ihre

Ausbildungsplanungen für das Jahr 2022 noch ihre Übernahmeangebote an die Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2022 verändert haben. Abzuwarten bleibt, wie sich die Situation darstellt, sollte der Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen noch länger anhalten.

Methodische Hinweise zur RBS-Befragung 47

Das Referenz-Betriebs-System umfasst derzeit rund 1.450 Betriebe unterschiedlicher Größen, Branchen und Regionen aus ganz Deutschland. Bei der Aufnahme in das RBS müssen die Betriebe ausbildungsaktiv sein. Im Zeitverlauf kann sich dies allerdings ändern. Ein Ausschluss aus dem Panel erfolgt in solchen Fällen jedoch nicht. Von den 482 Betrieben, die an der RBS-Befragung 47 teilnahmen, bilden 92 Prozent aus, mehrheitlich gemäß BBiG/HwO; die übrigen acht Prozent bilden nicht (mehr) aus. Nach Größe differenziert fallen 74 Prozent der teilnehmenden Betriebe in die Gruppe der kleineren Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten und 26 Prozent in die Gruppe der größeren Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten. 45 Prozent der Betriebe gehören einer Industrie- und Handelskammer, 42 Prozent einer Handwerkskammer und 13 Prozent einer anderen oder keiner Kammer an.

RBS-Befragungen sind nicht unbedingt repräsentativ für alle Ausbildungsbetriebe Deutschlands, sie lassen aber dennoch gute Tendenzaussagen zu. Um diese noch weiter zu verbessern, wurde bei der vorliegenden Befragung eine Gewichtung zur näherungsweise Anpassung an die (Ausbildungs-)Betriebsstruktur Deutschlands vorgenommen. Alle berichteten Befragungsergebnisse basieren auf den gewichteten Daten.